



Fraktion aktuell

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

64 | 25.02.2022

Liebe Leserin, lieber Leser,

überschattet von dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat gestern der Rat getagt. Unter dem beklemmenden Eindruck der jüngsten Meldungen über den Krieg im Osten Europas rückten andere Themen in den Hintergrund. Unser Mitgefühl gilt den Opfern dieses Krieges und ihren Angehörigen. Dem Appell der Ratsvorsitzenden für Hannover als Mitglied der Mayors for Peace schließen wir uns voll und ganz an.

Eine interessante Lektüre wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Aus der Ratsversammlung

Zu Beginn der [Ratsversammlung](#) gestern hat die Ratsvorsitzende Ute Engelhardt folgende Stellungnahme für den Rat der Landeshauptstadt als eine der Lead Cities der Mayors for Peace zum russischen Angriff auf die Ukraine verlesen:

„Heute ist ein dunkler Tag für die Ukraine, für Europa, die Welt. Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein Bruch des Völkerrechts. Und er ist gleichsam an Angriff auf die Idee der Demokratie.

Hannover ist eine Stadt des Friedens, die sich stets für die friedliche Lösung von Konflikten einsetzt.

Eine Stadt für alle.



Und gerade als führende Stadt aller Mayors for Peace-Mitgliedsgemeinden in Deutschland liegt uns der Frieden besonders am Herzen.

Städte sind aufgrund ihrer Infrastruktur seit jeher bevorzugte Ziele im Falle von kriegerischen Konflikten sind. Wir wissen, dass Krieg unendliches Leid hervorruft, Menschen zu Flüchtlingen macht, Kinder zu Waisen. Und genau dies geschieht nun wieder auf Europäischem Boden. Die Situation vor Ort ändert sich von Minute zu Minute und das Ausmaß können wir jetzt noch gar nicht absehen.

Das ist unerträglich, unfassbar und wir blicken mit großer Sorge und Mitgefühl auf die Ukraine.

Gerade deshalb dürfen wir den Dialog der Mitgliedsstädte der Mayors for Peace nicht abreißen lassen. Gerade nicht in diesen Zeiten.

Dafür setzen wir uns mit allen Kräften ein: Frieden muss weiterhin das Ziel bleiben.“

Dieser Erklärung haben wir uns mit allen Fraktionen des Rates angeschlossen.



Fahnen der Mayors for Peace vor dem Neuen Rathaus, im Hintergrund der Turm der Aegidienkirche, Hannovers Mahnmal für die Opfer von Krieg und Gewalt.

Im Mittelpunkt der Ratsversammlung stand die Debatte um die Klimapolitik in unserer Stadt. Wir hatten dazu ([wie berichtet](#)) mit den Grünen ein [Maßnahmenpaket](#) vorgelegt, das nun vom Rat beschlossen worden ist. Unser umweltpolitischer Sprecher Bala Ramani verwies darauf, dass Klimaschutz in unserer Stadt eine lange Tradition hat. So stammt das erste Klimaschutzprogramm Hannovers „[KLEX](#)“ aus dem Jahr 1996, dem acht Jahre später ein weiteres [Klimaschutzaktionsprogramm](#) folgte. 2014 ist der [Masterplan](#) von Stadt und Region Hannover „100% für den Klimaschutz“ beschlossen worden. Er sah unter anderem das Ziel einer klimaneutralen Stadtverwaltung für 2050 vor, das nur fünf Jahre später auf 2035 vorgezogen wurde. Die [Bedeutung der Klimapolitik](#) für die Kommune wurde nun nochmals unterstrichen, die vor allem auf Energieeinsparungen zielen und zugleich die Versorgungssicherheit gewährleisten. Das Bekenntnis zu einer Klimanotlage bleibt dabei nicht im Ungefähren, sondern wird durch konkrete Maßnahmen flankiert.

In der Ratsversammlung sind auch zwei Anfragen von behandelt worden: In der einen haben wir uns über die Zahl der Personen und Fälle erkundigt, die an die [Antidiskriminierungsstelle](#) der Stadt im vergangenen Jahr herangetreten bzw. herangetragen worden sind und welche Schwerpunkte und Akteure dabei beobachtet wurden. Die andere Anfrage zielt auf die Arbeit des [Bildungsbüros](#) der Landeshauptstadt: Hier interessier(t)en uns die Entwicklung der Beratungszahlen seit der Einrichtung des Bildungsbüros, aber auch in den letzten beiden (Corona-)Jahren, die Beratungsinhalte und die Zahl der Zugewanderten, die eine schulische Erstberatung in Anspruch genommen haben.

Künftig soll es auch Bruchmeisterinnen geben

Die vom Oberbürgermeister angeregte Öffnung des Bruchmeisteramtes für Frauen unterstützen wir. Mit der Wahl unserer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Kerstin Klebe-Poltze zur Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Schützenstiftung haben wir ein erstes Zeichen an die Schützenschwestern gesendet.

Bei der Öffnung einer solch langen Tradition wollen wir die Vereine mitnehmen und werden – wie auch die Verwaltung – deshalb in Kürze Gespräche mit den Schützenvereinen und dem Collegium der Bruchmeister führen. Zugleich wollen wir Frauen dazu ermutigen, ein derart tradiertes Männeramt zu übernehmen.

Schließlich soll die Stadtverwaltung die Schützenvereine in ihrer Öffentlichkeitsarbeit unterstützen und das Sicherheitskonzept für das Schützenfest nochmals verbessern.



*Die Bruchmeister des Jahres 2017; rechts Andreas Pieper, seit September 2021 Mitglied unserer Fraktion und unser sportpolitischer Sprecher.
Foto: privat.*

Impulse für eine zeitgemäße Förderung des Fußverkehrs

Welche konzeptionellen und institutionellen Handlungsmöglichkeiten können Städte nutzen, um die Sicherheit und Attraktivität des Fußverkehrs zu steigern? – Diese Ausgangsfrage stellen wir in den Mittelpunkt einer Anhörung im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss. Der zugehörige [Antrag](#) soll in der ersten März-Sitzung des Ausschusses beschlossen werden.

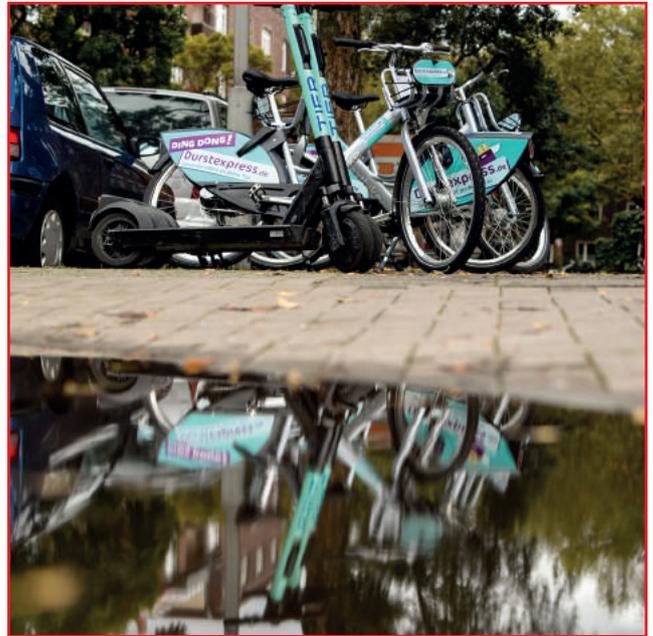
Ziel der Anhörung ist es, Anregungen aus Theorie und Praxis für die Förderung des Fußverkehrs zu erhalten. Dafür benennen wir als Expert*innen den Fußverkehrsverantwortlichen unserer Partnerstadt Leipzig und Vertreterinnen aus der Wissenschaft. Die Erkenntnisse aus der Anhörung wollen wir in die Fortschreibung des städtischen [Masterplan Mobilität 2025](#) einfließen lassen, der die Grundlage der städtischen Mobilitätspolitik legt. Damit nehmen wir den Fußverkehr noch einmal besonders in den Blick, denn zu Fuß ist (mindestens auf Teilstrecken) jede*r von uns unterwegs.

E-Scooter-Flut eindämmen

In den letzten Monaten haben uns immer wieder Beschwerden aus der Bevölkerung erreicht, dass herumliegende E-Scooter vor allem für Menschen mit einer Gehbehinderung oder höheren Alters immer wieder eine Herausforderung darstellen. Um diesem „Roller-Mikado“, wie es Helmut Dedy für den Deutschen Städtetag genannt hat, Herr zu werden, wollen wir das Problem in zwei Schritten angehen. Einen entsprechenden Antrag hat unsere Fraktion in der vorvergangenen Woche beschlossen.

Zum einen soll die Verwaltung den gewerblichen Verleih von E-Scootern in die Sondernutzungssatzung aufnehmen. Dabei orientieren wir uns an Osnabrück und Düsseldorf, das in dieser Hinsicht durch ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Münster bestärkt worden ist. Dies soll bis zur Sommerpause geschehen. In einem zweiten Schritt soll die Verwaltung bis zum Ende des Jahres ein Konzept nach dem Düsseldorfer Vorbild erarbeiten, das zum Beispiel eine Höchstgrenze von E-Scootern im Stadtgebiet vorsieht und eine Kostenbeteiligung der Anbieter zum Ausgleich von Umweltschäden prüfen soll.

Unser Antrag liegt nun unserem grünen Koalitionspartner zur Beratung vor und soll anschließend mit anderen Ratsfraktionen abgestimmt werden.



Beteiligungsbeirat soll Einwohner*innenbeteiligung begleiten

Die Beteiligung der Bürger*innen unserer Stadt an großen Vorhaben hat eine lange und gute Tradition. Im Vorfeld der EXPO2000 etwa wurde die Bebauung des Kronsbergs in einem aufwändigen Beteiligungsverfahren geplant. Und schließlich fand vor sieben Jahren auf unseren Antrag hin ein umfassender Bürger*innendialog statt, in dessen Zuge die Menschen in unserer Stadt Zukunftsperspektiven unter dem Motto „[Mein Hannover 2030](#)“ entwickeln sollten.

Im vergangenen Herbst hat die Verwaltung nun ein Konzept für eine Ausweitung und Verstärkung der [Einwohner*innenbeteiligung](#) vorgelegt, das drei Beteiligungsprojekte in einer Pilotphase vorsieht. [Wir wollen](#) diese drei Projekte nun ergänzen um ein weiteres in einem der Stadtbezirke, um auch dort die Einwohner*innenbeteiligung nochmals zu erproben. Zudem wollen wir an die guten Erfahrungen aus Bonn und Heidelberg anschließen und statt eines komplexen Bürger*innenrates, der bereits für die Pilotphase installiert werden sollte, einen Beteiligungsbeirat aus externen Expert*innen, Verwaltung, Rat und Stadtgesellschaft einrichten. Dieser Beirat soll nicht nur entscheiden, welche Beteiligungsformate für die Pilotvorhaben gewählt werden, sondern auch eine Entscheidung darüber vorbereiten, was für ein Gremium fortan die Einwohner*innenbeteiligung begleiten soll.



Logo des Arbeitsprogramms „Mein Hannover 2030“. © LHH

Erfolgreiche Bilanz des Projekt- und Interventionsfonds Wohnungslosigkeit

Bereits bei der zurückliegenden Haushaltsaufstellung wurde erstmals der Ansatz verfolgt, über einen Projekt- und Interventionsfonds Mittel für Hilfen bei Wohnungslosigkeit bereitzustellen, um unterjährig auf neue Bedarfslagen reagieren zu können. Gerade kleinere Initiativen, die mit guten Ideen dazu beitragen wollten, das Leben der Menschen auf der Straße zu verbessern, kamen sonst bei der Förderungen nicht zum Zuge. Im Sozialausschuss wurde Anfang der Woche nun über die Verwendung der Mittel aus dem [Projekt- und Interventionsfonds Wohnungslosigkeit](#) berichtet.

Unsere Fraktion hatte das Thema obdachlose Menschen in der letzten Wahlperiode zum einem unserer Schwerpunkte gemacht. Dass nun Mittel in Höhe von 105.000 Euro vollständig für Projekte und kurzfristige Interventionen abgerufen werden können, ist ganz in unserem Sinne.

Auch wenn Armut kein Problem ist, das wir als Kommune lösen können, verbessert ein solches Programm die Lebensrealität wohnungsloser Menschen direkt und kurzfristig - ohne einen großen bürokratischen Aufwand, sondern mit einem niedrighschwelligem Antragsverfahren.

Die 105.000 Euro wurden von verschiedenen Trägern, wie der Caritas, dem Bollerwagen e.V., der Obdachlosen Hilfe Hannover e.V. und vielen, weiteren abgerufen. Auch die Landeshauptstadt Hannover konnte bedarfsgerecht aus dem Programm unter anderem Schlafsäcke, Isomatten und Hygieneartikel zukaufen und an wohnungslose Menschen verteilen.

Weitere Mittel für Schulen mit besonderen Herausforderungen

Im Schul- und Bildungsausschuss haben wir mit der Drucksache 0461/2022 am 22. Februar 2022 beschlossen, weitere 86.000 Euro aus dem Programm „[Schulen mit besonderen Herausforderungen](#)“ auszuzahlen: Die Kinder der Grundschule Fuhsestraße dürfen sich über 20.000 Euro eine Verbesserung der außerschulische Angebote freuen. Eine zusätzliche Honorarkraft soll vielfältige Anregungen für eine eigenständige, kreative Gestaltung der Freizeit. Dies wird die Schule in ihrer Rolle als Lern- und Lebensort stärken und ihre Schüler*innen bereichern.

Ebenfalls Unterstützung im Nachmittagsangebot erhält die Grundschule Mühlenweg durch die Übernahme von Küchenkräften zur Organisierung des Mittagessens für rund 130 Kinder in Lernförder- und Betreuungsmaßnahmen und durch den Einsatz einer pädagogischen Betreuungskraft für diesen Zeitraum (21.000 Euro).

Die Grundschule Fichteschule erhält insgesamt 45.000 Euro für den Einsatz einer Ergotherapeutin, gezielte Bewegungsangebote sowie für die interkulturelle Bildungsarbeit mit arabisch- oder türkisch-sprechenden Eltern.

Bereits im Dezember hatten wir die [Vergabe](#) weiterer 57.000 Euro beschlossen, die in die unterschiedlichsten Projekte, und vielfach auch in interkulturelle Bildungsarbeit fließen. Insgesamt stehen für die Schulen mit besonderen Herausforderungen durch unseren [Haushaltsantrag](#) in diesem Jahr rund 375.000 Euro zur Verfügung.

Diesen Text hat Ahsen Rabia Sönmez verfasst, die in dieser Woche ein Praktikum zur Berufsorientierung in unserer Fraktionsgeschäftsstelle absolviert hat.

Holzmodule für die IGS Büssingweg

Um den Neubau der IGS Büssingweg vorzubereiten, müssen sogenannte Raummodule bereitgestellt werden. In diesen „Unterrichtscannern“ wird der Schulbetrieb während Abriss und Neubau der Integrierten Gesamtschule weiterlaufen können.

Statt der üblichen Standard-Container soll nun eine [Holzmodulanlage](#) beschafft werden. Diese hat die Vorteile, dass sie dauerhaft angekauft wird und dass sie nach der Nutzung am Büssingweg an weiteren Schulstandorten genutzt werden kann. Zudem bieten die Holzmodule eine deutlich bessere Ausstattung und mehr Raumkomfort.

Nachdem wir im Schul- und Bildungsausschuss wie auch im Stadtentwicklungsausschuss im Januar diesem Vorhaben zugestimmt haben, ist es am 9. Februar im Finanzausschuss und eine Woche später im Verwaltungsausschuss beschlossen worden.



Schnitt durch die Holzmodule. Anlage 3 zur Drucksache 0041/2022.

Eine Stadt für alle.

Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P: Dr. Marc-Dietrich Ohse,
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de

Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

